

Mainzer Erklärung

*Wettbewerbsfähigkeit. Zusammenhalt. Sicherheit.
Unser 10-Punkte-Zukunftsplan für Deutschland.*

**Beschluss des Bundesvorstands der CDU
Deutschlands anlässlich der Klausurtagung
am 8. und 9. Januar 2016 in Mainz**

CDU

Für eine gute Zukunft Deutschlands.

Deutschland ist stark und erfolgreich. Wir haben einen hohen Beschäftigungsstand, niedrige Arbeitslosigkeit, solide Finanzen, steigende Löhne und stabiles Wachstum. Das verdanken wir fleißigen und engagierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie mutigen und innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern. Diese gute Entwicklung ist auch Ergebnis unserer erfolgreichen Regierungspolitik. Darauf wollen wir aufbauen und weiter für eine gute Zukunft unseres Landes arbeiten.

Dabei wissen wir: Deutschland wird es auf Dauer nur gut gehen, wenn es auch Europa gut geht. Ein starkes und handlungsfähiges Europa – das ist auch Grundlage für den Wohlstand in Deutschland. Kein Land in der Europäischen Union profitiert so stark von der Freizügigkeit, vom gemeinsamen Binnenmarkt und von offenen Binnengrenzen wie Deutschland. Wir kämpfen für ein Europa, das seinen Werten gerecht wird und das die Voraussetzung für stabiles Wachstum, eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze schafft.

Für Wettbewerbsfähigkeit.

Voraussetzung für den Wohlstand und die soziale Sicherheit in unserem Land sind erfolgreiche Unternehmen, die mit Innovationen im weltweiten Wettbewerb bestehen und Arbeitsplätze in unserem Land sichern und schaffen. Wir setzen die Rahmenbedingungen, unter denen Unternehmen erfolgreich arbeiten können. Dazu zählt unsere Politik der soliden Finanzen: Wir haben Schluss gemacht mit immer neuen Schulden. Wir verzichten auf Steuererhöhungen. Wir bauen die kalte Progression ab. Und wir investieren in die Zukunft – in Bildung und Forschung, in schnelles Internet und neue Technologien, in Straßen und Schienen. Wir setzen bei der Energiewende weiterhin auf den Dreiklang einer sicheren, bezahlbaren und umweltfreundlichen Energieversorgung. Gleichzeitig stellen wir mit der Digitalen Agenda die Weichen in Richtung unseres Zieles, Deutschland zum digitalen Wachstumsland Nummer 1 in Europa zu machen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland sichern und stärken – das ist unser Auftrag. Deshalb setzen wir im diesem Jahr folgende Schwerpunkte:

1. Innovationen sind Wachstumsmotor und Triebfeder für wirtschaftliche Entwicklung; hierfür ist Deutschland gut gerüstet. Die Investitionen der deutschen Unternehmen in Forschung und Entwicklung liegen auf Rekordniveau. 57 Mrd. Euro haben sie 2014 ausgegeben. Die CDU hat mit ihrer Forschungspolitik die Grundlage

für den Erfolg gelegt. Die Bundesregierung hat ihre Förderung seit 2005 um 65 Prozent gesteigert und unsere Wissenschaft, z. B. mit der Exzellenzinitiative für die Hochschulen, international gut aufgestellt. Mit der neuen Hightech-Strategie sorgen wir dafür, dass gute Ideen schnell zu innovativen Produkten und Dienstleistungen werden. Wir haben den Startschuss für das Deutsche Internet-Institut gegeben. Unser Ziel ist, dass es einen wichtigen Beitrag leistet, um den digitalen Wandel erfolgreich zu gestalten und die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Wir treiben zusammen mit den deutschen Global-Playern und dem Mittelstand „Industrie 4.0“ voran. Uns ist wichtig, dass die Rahmenbedingungen für gute und zukunftsfähige Arbeitsplätze in der digitalen Welt stimmen und Sicherheit im Internet für Bürger und Wirtschaft gegeben ist. Die Förderung von Startups ist uns eine zentrale Aufgabe. Mit der KfW und dem Europäischen Investitionsfonds haben wir Wachstumskapital von 3 Mrd. Euro für Gründer geschaffen und den Investitionszuschuss Wagniskapital ausgebaut.

Mit Blick auf den Ausbau des schnellen Internets setzt unsere Bundesregierung auf einen Technologie-Mix von VDSL, Kabel, Satellit, Mobilfunk und Glasfaser. Dabei werden wir insbesondere die Glasfasertechnologie in Zukunft noch stärker fördern. Zudem fördern wir mit 2,7 Milliarden Euro den Breitbandausbau vor allem im ländlichen Raum.

2. Der gemeinsame europäische Binnenmarkt ist eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Diesen Binnenmarkt wollen wir angesichts der Digitalisierung weiterentwickeln – wir brauchen einen gemeinsamen digitalen Binnenmarkt in Europa.

Daher werden wir die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung, eines der wichtigsten Reformprojekte der Europäischen Union, in Deutschland schnell vorantreiben. Sie wird dem digitalen Zeitalter gerecht und schafft weitgehend einheitlich hohe Standards für die 28 Mitgliedstaaten. Datenschutz-Oasen und einen Flickenteppich an einzelnen Regelungen wird es damit nicht mehr geben. Es gilt das Marktortprinzip. Für jedes Unternehmen, das in Europa tätig ist, gilt damit eine größtmögliche Rechtssicherheit. Die Datenschutz-Grundverordnung, die spätestens 2018 in Kraft tritt, stärkt vor allem die Souveränität eines jeden Einzelnen. Dazu zählt das Recht auf Löschung eigener Daten (Recht auf Vergessenwerden) und die Mitnahme eigener Daten von einem zum nächsten Anbieter (Portabilität).

Außerdem haben wir erreicht, dass eine Weiterverarbeitung von Daten zu kompatiblen Zwecken oder aufgrund einer nationalen Rechtsgrundlage möglich sein wird. Das hilft gerade unseren Start Up-Unternehmen, ihre innovativen Geschäftsmodelle weiterzuentwickeln. Neue Regelungen zur Zertifizierung verbessern zudem die Praxistauglichkeit des Datenschutzes für Bürger wie Unternehmen.

Vor Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung Anfang 2018 werden wir in Deutschland zahlreiche Rechtsvorschriften anpassen und – dort wo sinnvoll – die existierenden Öffnungsklauseln inhaltlich ausfüllen. Innovationsfreundlichkeit ist unser Leitgedanke bei der Ausgestaltung der nationalen Umsetzung. Die Union wird insbesondere dafür Sorge tragen, dass Möglichkeiten zur intelligenten Nutzung und Verknüpfung von Daten (Big Data) ausgeschöpft und die pseudonymisierte Datenverarbeitung gefördert werden. Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Dazu gehören auch die Daten des Staates, die beispielsweise im Verkehrsbereich wesentlicher Erfolgsfaktor beim Wettbewerb um das selbstfahrende Auto sein werden. Wir werden mit dem Open Data Gesetz eine starke Basis für Innovation schaffen. Der kluge und verantwortungsvolle Umgang mit Daten ist die Grundlage für wirtschaftlichen Fortschritt. Nur ein innovationsoffenes Datenschutzrecht ist zukunftsfähig - dafür steht die CDU.

3. Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sind motivierte und engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In unserem Land haben so viele Menschen eine Arbeit wie noch nie zuvor. Zu dieser guten Entwicklung tragen auch Instrumente wie Zeitarbeit und Werkverträge bei. Sie helfen dabei, Menschen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, neue berufliche Perspektiven zu schaffen und Auftragsspitzen zu bewältigen. Einen Missbrauch dieser Instrumente wollen wir bekämpfen, grundsätzlich aber an ihnen festhalten. Dabei werden wir darauf achten, dass die entsprechenden gesetzlichen Neuregelungen nicht über die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags hinausgehen.

Zudem wollen wir erreichen, dass Mitarbeiter ihre berufliche Erfahrung und Kompetenz länger in die Unternehmen einbringen können. Freiheit statt starre Altersgrenzen – dafür steht die CDU. Wir werden dafür sorgen, dass die vereinbarten Eckpunkte der Flexi-Rente eins zu eins umgesetzt werden.

4. Mit allem Nachdruck sagen wir Ja zum Transatlantischen Freihandelsabkommen. Wir sind davon überzeugt: Dieses Abkommen bietet die Chance, einen

Ordnungsrahmen für den weltweiten Handel zu gestalten. Wir können mit ihm globale Maßstäbe setzen für einen fairen Handel, für soziale Standards und für ökologisches Wirtschaften – ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Der Abbau von Handelsschranken fördert die Exporte; insbesondere unsere exportorientierten mittelständischen Firmen würden von geringeren Kosten profitieren. Die Vereinheitlichung der Zulassungs- und Industrienormen und gemeinsame Standards reduzieren die Produktions- und Entwicklungskosten der Unternehmen. Die freiwerdenden Mittel können in die Erforschung neuer Technologien und den Kapazitätsausbau investiert werden. Mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze wären die Folge. Dabei stehen europäische Standards nicht zur Disposition. Die Europäische Kommission hat wichtige Fragen klargestellt, insbesondere dass die bisherigen Rahmenbedingungen für die kommunale Daseinsvorsorge und die staatliche Kulturförderung nicht angetastet werden. Die CDU wird sich mit aller Kraft dafür stark machen, dass wir bis zum Ende des Jahres 2016 bei den Verhandlungen eine politische Einigung über das Freihandelsabkommen erreichen.

Für Zusammenhalt.

Die CDU setzt auf Gemeinsinn und Zusammenhalt. Wir stellen keine Interessengruppen in den Mittelpunkt unserer Politik, sondern den einzelnen Menschen. Wir trauen ihm etwas zu; wir setzen auf die Eigenverantwortung des Einzelnen. Denn wir wissen: Aus gelebter Eigenverantwortung wächst Verantwortung für die Mitmenschen – in der Familie, der Partnerschaft, dem Verein, der Kirchengemeinde oder der Nachbarschaft. Ein starker Zusammenhalt – dafür arbeitet die CDU.

Eine der größten Herausforderungen auch für den Zusammenhalt in unserem Land ist die Integration der vielen Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen und für längere Zeit oder dauerhaft bei uns bleiben werden. Deutschland hat starke Schultern und ist bereit, seinen Teil der Verantwortung zur Lösung der weltweiten Probleme zu übernehmen. Doch kein Land, auch nicht Deutschland, kann eine solche Hoffnung alleine erfüllen. Denn ein Andauern des aktuellen Zuzugs würde Staat und Gesellschaft, auch in einem Land wie Deutschland, auf Dauer überfordern. Wir brauchen eine Lösung, die tatsächlich nachhaltig und damit auch dauerhaft wirkt. Eine solche Lösung kann im deutschen und europäischen Interesse nur in gemeinsamer europäischer Solidarität und in enger Zusammenarbeit mit

den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlingsbewegung funktionieren. Für die Bewältigung dieser globalen Herausforderung arbeiten wir entschlossen und mit ganzer Kraft.

So wird es gelingen, die Zahl der Flüchtlinge spürbar zu reduzieren. Das wollen wir erreichen, indem wir

- die Migration ordnen, insbesondere die Außengrenzen schützen und den Schleusern das Handwerk legen,
- die Migration steuern und insbesondere abgelehnte Asylbewerber zügig zurückführen,
- Abschiebehindernisse klarer formulieren, um Missbrauch auszuschließen,
- eine faire europäische Verteilung schutzbedürftiger Bewerber erreichen und
- die Fluchtursachen durch Hilfen für Transit- und Herkunftsländer bekämpfen.

Dadurch sichern wir gesellschaftliche Akzeptanz, vermeiden Überforderungen und schaffen die Voraussetzungen für ein Gelingen der Integration für diejenigen Flüchtlinge, die für längere Zeit oder dauerhaft bei uns bleiben werden.

5. Zusammenhalt braucht es ganz besonders, wenn die Integration der Flüchtlinge gelingen soll. Integration ist angewiesen auf die Offenheit derer, die hier schon leben, und sie ist angewiesen auf die Bereitschaft derer, die zu uns kommen, unsere Art zu leben, unser Recht, unsere Kultur zu achten und unsere Sprache zu lernen – die Leitkultur in Deutschland weist dabei die Richtung. Deshalb strebt die CDU die Verabschiedung von Gesetzen des Bundes und der Länder an, in denen der Abschluss von verbindlichen Integrationsvereinbarungen, die gegenseitigen Rechte und Pflichten von Staat und Migrant in verständlicher Form festgelegt und vermittelt werden und der Integrationsprozess vorgezeichnet wird (Integrationspflichtgesetz). Wichtig ist, dass der Integrationsprozess für beide Seiten verpflichtend eingehalten wird. Wer sich dem dauerhaft verschließt, muss mit Nachteilen, zum Beispiel Leistungskürzungen, rechnen. Das flächendeckende bestehende Netz der Mehrgenerationenhäuser soll neben seinen bisherigen Aufgaben ein Dreh- und Angelpunkt für alle Fragen der Integration – vom Spracherwerb bis hin zum Arbeitsmarkt – werden. Integration muss flächendeckend gelingen. Dafür müssen wir zusätzliche Wanderungsbewegungen in die Großstädte und Ballungsräume verhindern und eine gleichmäßige Verteilung

in Deutschland gewährleisten. Deshalb wollen wir prüfen, ob eine Wohnsitzauflage, zeitlich begrenzt, für anerkannte Flüchtlinge ohne eigenes Einkommen eingeführt werden sollte. Wir machen Angebote zur Integration; wir fordern Integration aber auch deutlich ein. Fördern und fordern – das ist und bleibt das christdemokratische Prinzip gelingender Integration.

Eine zentrale Voraussetzung für eine möglichst schnelle Integration in den deutschen Arbeitsmarkt ist das Erlernen der deutschen Sprache. Integrationskurse mit den darin enthaltenen Sprach- und Orientierungskursen müssen in ausreichender Zahl und Qualität angeboten werden. Dabei messen wir der Vermittlung unserer Grundwerte wie zum Beispiel der Gleichberechtigung von Mann und Frau einen besonderen Stellenwert zu. Wir treten dafür ein, dass diese Kurse noch besser mit den Sprachkursen der Bundesagentur für Arbeit und der berufsbezogenen Deutschförderung des ESF-BAMF-Programms verknüpft werden. Künftig sollen in einem Berufsbildungspakt Flüchtlinge neue und bereits bestehende Förderinstrumente der Bundesagentur für Arbeit mit den berufsbildenden Schulen und Kammern synchronisiert zum Einsatz kommen. Das Modell der „assistierten Ausbildung“ sollte dazu genutzt und erweitert werden. Die Koordinierungsstellen Ausbildung und Migration (KAUSA) werden wir vor allem in Ballungsgebieten erheblich ausbauen und die Zahl der Servicestellen insgesamt verdoppeln.

Daneben ist die Anerkennung vorhandener Bildungsabschlüsse von zentraler Bedeutung. Diese sollen auch im Rahmen des Asylverfahrens besser als bisher erfasst werden.

Entscheidend für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt sind vor allem die Unternehmen in unserem Land. Sie stellen die entsprechenden Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung. Viele Betriebe und Firmen in Deutschland engagieren sich bereits intensiv. Wir begrüßen die Initiativen der Verbände und Kammern, gerade kleinere und mittlere Unternehmen bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

6. Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Wir unterstützen die Wahlfreiheit der Familien und haben dafür bereits viele Leistungen auf den Weg gebracht: Elternzeit, Elterngeld-Plus, Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen, höherer Kinderfreibetrag und höheres

Kindergeld. Wir haben die klare Erwartung an die Länder, dass die aus dem Betreuungsgeld frei werdenden Mittel auch weiterhin Familien zugutekommen. Wir leisten auch dort Unterstützung, wo oftmals Kinder Verantwortung für die Eltern übernehmen, indem wir pflegende Angehörige stärken und entlasten. Von der Mütterrente profitieren mittlerweile 9 Millionen Menschen – eine wichtige Anerkennung für deren Erziehungsleistung.

7. Zusammenhalt ist in unserem Land geprägt von millionenfachem ehrenamtlichen Engagement. Wir sind stolz darauf, was Ehrenamtliche Tag für Tag leisten – auch und besonders in den vergangenen Wochen und Monaten beim Einsatz für die Versorgung von Flüchtlingen. Sich freiwillig für die Gesellschaft einbringen – das ist und bleibt ein nicht selbstverständlicher Einsatz. Dieser Einsatz verdient unser aller Dank und eine Kultur der Anerkennung. Wir wollen die fachübergreifende Fortbildung und die Vernetzung engagierter Bürgerinnen und Bürger besser fördern und die Engagementpolitik als wichtiges Feld auf Bundes- wie Landesebene weiterentwickeln. Auch setzen wir uns für eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen, die Stärkung des Versicherungsschutzes sowie weniger Bürokratie in der ehrenamtlichen Arbeit ein. Der Erfolg des Bundesfreiwilligendienstes zeigt ganz deutlich, wie groß die Bereitschaft der Deutschen zum Dienst am Gemeinwesen ist. Wir haben daher den Bundesfreiwilligendienst noch einmal erweitert und 10 000 zusätzliche Stellen geschaffen. Dort können sich nicht nur Deutsche, sondern auch Flüchtlinge mit sicherer Bleibeperspektive für unser Land engagieren und damit ein starkes Zeichen der Integrationsbereitschaft setzen.
8. Starke und handlungsfähige Kommunen leisten einen zentralen Beitrag für den Zusammenhalt in Deutschland. Damit sie ihre vielfältigen Aufgaben leisten können, brauchen die Kommunen eine solide Finanzausstattung. In den vergangenen zehn Jahren haben die CDU-geführten Bundesregierungen die Kommunen in nie dagewesener Höhe entlastet – und das, obwohl für die Finanzausstattung der Kommunen die Länder zuständig sind. Daher haben wir die klare Erwartung an die Landesregierungen: Entlastungen des Bundes zugunsten der Kommunen müssen in voller Höhe vor Ort ankommen. Dies gilt umso mehr, da die Kommunen durch die Unterbringung und Versorgung der Vielzahl an Flüchtlingen in hohem Maße gefordert sind. Die CDU weiß um die überragende Leistungsfähigkeit, die die Kommunen seit Wochen und Monaten unter Beweis stellen.

Für Sicherheit.

Die CDU ist die Partei der inneren Sicherheit. Für uns ist klar: Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit, für ein friedliches Zusammenleben und für das Vertrauen in unseren Staat. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass der Staat für ihren Schutz sorgt. Dies gilt für den Schutz vor Alltagskriminalität genauso wie für den Schutz vor den Bedrohungen des islamistischen Terrorismus.

9. Wir verurteilen die widerwärtigen Übergriffe und Attacken in der Silvesternacht in Köln und in anderen Städten. Insbesondere sexuelle Belästigung und Vergewaltigung sind nicht hinnehmbar. Sie verlangen nach einer harten Antwort des Rechtsstaats. Wir erwarten, dass bei Vorliegen eines hinreichenden Tatverdachts sofort Untersuchungshaft gegen die potentiellen Täter angeordnet wird. Die Strafverfahren sind unverzüglich durchzuführen, so dass die Bestrafung den Straftaten "auf dem Fuße folgt". Die Täter müssen ohne Ansehen ihrer Herkunft und ihres Hintergrundes schnell ausfindig gemacht und bestraft werden. Rechtsfreie Räume darf und wird es in unserem Land nicht geben.

Bei erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung – wie sie beispielsweise in der Silvesternacht rund um den Kölner Hauptbahnhof zu beobachten waren – muss die Polizei in der Lage sein, zum Zwecke der Gefahrenprävention verdachtsunabhängige Personenkontrollen („Schleierfahndung“) durchzuführen. Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass in allen Ländern die hierfür notwendige Rechtsgrundlage in den Polizeigesetzen geschaffen wird.

Unsere Sicherheitskräfte brauchen Instrumente und Ressourcen, um ihren Auftrag erfüllen zu können. Um Gewalt und Diebstähle abzuwehren sowie Anschläge und andere Straftaten erfolgreich aufzuklären, wollen wir den Einsatz von Videokameras an Kriminalitätsbrenn- und Gefahrenpunkten, wie etwa auf und im Umfeld von Bahnhöfen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln, verstärken. Videokameras können Polizisten vor Ort jedoch nicht ersetzen. Unsere Polizei muss an Brennpunkten präsenter sein und im Ernstfall sofort eingreifen können. Für unsere Sicherheit und Freiheit riskieren Polizisten sowie Hilfeleistende von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdiensten jeden Tag Leib und Leben. Gewalt gegen Einsatzkräfte richtet sich gegen unseren Rechtsstaat, gegen unsere Werte und gegen uns alle. Wir wollen daher ihren Schutz mit einem neuen Straftatbestand gegen körperliche Übergriffe und einer deutlich höheren

Freiheitsstrafe bei solchen gewalttätigen Angriffen weiter stärken. Bei grob ungebührlichem und respektlosem Verhalten gegenüber Einsatzkräften prüfen wir eine Ausweitung des Ordnungswidrigkeitenrechts.

Sexualdelikte sind keine Kavaliersdelikte. Sie widersprechen der sexuellen Selbstbestimmung und verletzen die Menschenwürde sowie die körperliche Unversehrtheit. Deshalb sorgen wir dafür, dass gemäß Art. 36 der Istanbul-Konvention die Gesetzeslücke bei Vergewaltigung geschlossen wird. Für den Straftatbestand muss ein klares „Nein“ des Opfers ausreichen, auch wenn nicht zugleich der Tatbestand der Gewalt oder Nötigung vorliegt.

Um einen besseren strafrechtlichen Schutz vor sexueller Gewalt zu gewährleisten, wollen wir das Sexualstrafrecht reformieren und auch sexuelle Belästigungen wie Grapschen, die unterhalb der Schwelle sexueller Nötigung liegen, unter Strafe stellen.

Darüber hinaus prüfen wir, ob das untere Strafmaß bei sexuellen Übergriffen angehoben werden muss.

Grundsätzlich gilt: Asylberechtigte und Flüchtlinge ebenso wie Personen, die sich im Asylverfahren befinden, sollen künftig bereits dann von der Asylberechtigung bzw. der Flüchtlingseigenschaft ausgeschlossen sein, wenn sie rechtskräftig wegen einer Straftat zu einer Freiheitsstrafe auch unter Bewährung verurteilt wurden, um so insbesondere auch Serienstraftäter erfassen zu können. Insgesamt wollen wir die Hürden für die Ausweisung und Abschiebung straffälliger Ausländer absenken.

10. Die Unterstützer des islamistischen Terrorismus dürfen in unserem Land keinen Vorbereitungs- oder Rückzugsraum finden. Wir haben deshalb das Reisen in terroristischer Absicht unter Strafe gestellt. Extremisten kann inzwischen nicht nur der Pass, sondern auch der Personalausweis entzogen werden, um sie an der Ausreise zu hindern. Wir wollen die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen wieder voll umfänglich unter Strafe stellen. Gleichzeitig treten wir mit Nachdruck dafür ein, dass Personen, die im Ausland für eine Terrormiliz kämpfen und neben der deutschen eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen, die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden kann. Die zügige Einführung eines europäischen Ein- und Ausreiseregisters für die EU-Grenzen bleibt unser Ziel. Europol soll um ein europäisches Anti-Terror-Zentrum erweitert werden.

Wir haben die Speicherfristen für Verbindungsdaten (sogenannte „Vorratsdatenspeicherung“) eingeführt und sorgen damit für wirkungsvollere

Strafverfolgung. Künftig sollen diese Daten auch Verfassungsschutzbehörden nutzen können. Wir setzen uns mit Nachdruck für die wirksame Überwachung auch verschlüsselter Kommunikation (sogenannte „Quellen-TKÜ“) ein und wollen den Verfassungsschutzbehörden die Befugnis zur „Online-Durchsuchung“ zur Vorbeugung vor terroristischen Aktivitäten geben. Die Sicherheitsbehörden des Bundes werden in beispiellosem Maße gestärkt: Insgesamt erhalten sie rund 4 000 Stellen zusätzlich, ihre Ausrüstung wird erheblich verbessert. Mit der neuen robusten Einheit der Bundespolizei (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit BFE+) haben wir die Reaktions- und Durchhaltefähigkeit der Bundespolizei im Falle eines terroristischen Anschlags deutlich erhöht und die bereits bestehende Spezialeinheit GSG 9 sinnvoll gestärkt. Den nach jahrelangen Verhandlungen jetzt beschlossenen Austausch über Fluggastdaten wollen wir rasch umsetzen, um Reisebewegungen von Terroristen und Gefährdern besser nachvollziehen zu können. So sind wir noch besser gerüstet im Kampf gegen den Terrorismus.

Eine starke CDU für eine gute Zukunft unseres Landes.

Die CDU arbeitet weiter für eine gute Zukunft unseres Landes; diesem Auftrag fühlen wir uns verpflichtet; hierfür wollen wir Verantwortung übernehmen – auf allen Ebenen. Deshalb werben wir für unsere Politik. Gemeinsam arbeiten wir für starke Wahlergebnisse der CDU:

In Baden-Württemberg – damit Guido Wolf Ministerpräsident wird und Baden-Württemberg wieder vorankommt. Gymnasien und Realschulen erhalten, Straßen und Datenautobahnen ausbauen sowie 1.500 neue Polizisten für mehr Sicherheit im ganzen Land – dafür wollen wir gemeinsam kämpfen.

In Rheinland-Pfalz – damit Julia Klöckner Ministerpräsidentin wird und Rheinland-Pfalz seine Potentiale voll ausschöpfen kann. Forschung fördern und nicht verdrängen, schnelles Internet überall im Land und Kampf dem Unterrichtsausfall – dafür steht die CDU in Rheinland-Pfalz.

In Sachsen-Anhalt – damit Reiner Haseloff Ministerpräsident bleibt und Sachsen-Anhalt seine Zukunft nicht mit Rot-Rot verschläft. Die CDU-Politik der soliden Finanzen und des

nachhaltigen Wachstums zeigt Erfolge in Sachsen-Anhalt; diese dürfen nicht gefährdet werden.

In Mecklenburg-Vorpommern und Berlin – damit die CDU auch weiterhin in Regierungsverantwortung für eine gute Zukunft der beiden Bundesländer arbeiten kann. Bei den Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen – damit die CDU mit ihren engagierten Kommunalpolitikern stark in den Räten und Kreistagen vertreten ist. Sie alle stehen für eine vernünftige und verlässliche Politik, die sich an den Interessen der Menschen und nicht an Ideologie orientiert.